

Protokolleintrag vom 24.11.2004

2004/627

Von Niklaus Scherr (AL) ist am 24.11.2004 folgendes *Postulat* eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten, eine Reduktion der vom Stadtrichteramt verrechneten Gebühren zu prüfen, so dass künftig keine Überdeckung der effektiv anfallenden Verwaltungskosten erfolgt, welche dem Kostendeckungs- resp. Äquivalenzprinzip widerspricht.

Begründung:

Das Globalbudget 2005 des Stadtrichteramts weist 13.95 Mio Franken Erträge aus Bussen aus. Dazu kommen nochmals 14.95 Mio Franken an Gebühren für Amtshandlungen (Spruch-, Schreib- und Zustellgebühren, ohne Betreibungsgebühren) hinzu, so dass sich der Bussenbetrag faktisch verdoppelt. Den 14.95 Mio Franken Gebührenertrag steht (ohne den Aufwand für Betreibungen) ein Sach- und Personalaufwand von lediglich 7.72 Mio Franken gegenüber. Damit ergibt sich ein Kostendeckungsgrad von fast 200%. Diese massive Überdeckung steht im Widerspruch zum Kostendeckungs- resp. Äquivalenzprinzip, das die Höhe von Verwaltungsgebühren begrenzt. Gebühren, die über die Deckung der effektiven resp. der vertretbaren Verwaltungskosten hinausgehen, bedürfen auf jeden Fall einer Grundlage in einem formellen Gesetz resp. einem referendumsfähigen Erlass der Legislative. An einer solchen Gesetzesgrundlage fehlt es vorliegend.

Die rund 7 Mio Franken Gebührenüberschuss werden zudem de facto zur Finanzierung der massiven Abschreibungen (9.8 Mio Fr.) von nicht eintreibbaren Bussen herangezogen. Damit finanzieren Bürger, die ihre Bussen samt Gebühren ordentlich bezahlen, faktisch die Nichtzahler mit. Eine solche Quersubventionierung ist stossend und rechtlich nicht haltbar.